

Vorlage Nr. I/79/2012
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 2

Bereitstellung von Projektmitteln Bremens für "Umgestaltung der Verwaltung und Infrastruktur" in Bremerhaven

A Problem

Der Magistrat war mit der Vorlage Nr. I/171/2011 am 21.09.2011 darüber informiert worden, dass auf Grundlage der Koalitionsvereinbarung auf Landesebene aus dem Landeshaushalt insgesamt 50 Mio. Euro in 2012 und 2013 für die „strukturelle Anpassung und Umgestaltung der Aufgabenwahrnehmung“ in Bremen und Bremerhaven bereitgestellt werden sollten (Protokoll Nr. 795.). Im Rahmen der dazu erlassenen Rahmenseetzungen Bremens hat sich die Bremerhavener Verwaltung an dem Prozess mit einer Reihe von Projektanträgen beteiligt, die auch dem Magistrat mit der eingangs genannten Vorlage vorgestellt wurden.

Angesichts der massiven Überzeichnung des Gesamtmittelkontingents, aber auch wegen der drängenden Finanzierungsbedarfe bei einigen Einzelmaßnahmen erfolgte Ende 2011 eine Modifizierung der Kriterien in Bremen, die einerseits das Vorziehen von Maßnahmen (hausrechtlich abgesichert durch Verpflichtungsermächtigungen) und andererseits eine veränderte Kategorisierung der Projektanträge bewirkte. So wurden vom Haushalts- und Finanzausschuss der Freien Hansestadt Bremen am 09.12.2011 bereits Programmmittel in einer Größenordnung von knapp 41 Mio. Euro gebunden, darunter rd. 4,2 Mio. Euro für die Anbindung des Offshore-Terminals (ergänzt um Haushaltsmittel des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen). Bereits in diesem Prozess kam es zu linearen Kürzungen der bis dahin zugrunde gelegten Volumina, außerdem erfolgte die Umbenennung des Programms in „Umgestaltung der Verwaltung und Infrastruktur (UVI)“.

Die Senatorin für Finanzen, die den Prozess wegen der haushaltslosen Zeit – mit den Beschlüssen zu den Haushaltsgesetzen Bremens ist Anfang Mai zu rechnen – nicht maßgeblich vorantreiben konnte, bereitet nunmehr die weiteren Verfahrensschritte vor. Konkret stehen demnach für Bremerhavener UVI-Projekte aktuell 1.890.688 Euro zur Verfügung. Es ist anzustreben, diese Mittel, analog zur Gesamtverteilung, im Verhältnis 60 : 40 den Haushaltsjahren 2012 und 2013 zuzuordnen.

Durch eine rechtzeitige Beschlussfassung des Magistrats ist sicherzustellen, dass die Bremerhavener Projekte im Zuge der für den 01.06.2012 vorgesehenen Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses in Bremen zur Gesamthematik Berücksichtigung finden und alsbald umgesetzt werden können.

B Lösung

Die Magistratskanzlei hat in den zurückliegenden Wochen versucht, trotz der insgesamt weiter reduzierten Verfügungsmassen einen möglichst ausgeglichenen Verteilungsvorschlag für die Projektanträge unserer Verwaltung zu erstellen. Von erheblicher Bedeutung war dabei, dass insbesondere im lfd. Haushaltsjahr ein rechtzeitiger Abfluss der für 2012 einzusetzenden Mittel gewährleistet werden kann.

In der **Anlage 1** dieser Vorlage eine Übersicht beigefügt, die

- den Antragsstand auf Grundlage der Magistratsbefassung vom 21.09.2011,
 - das Prüfergebnis der Senatorin für Finanzen hinsichtlich der Erfüllung der Antragsvoraussetzungen,
 - die Empfehlung der Magistratskanzlei zur Mittelbereitstellung
- abbildet.

Die deutliche (über fünffache) Überzeichnung des Bremerhaven-Kontingents aus den Projektanträgen macht es unumgänglich, sich auf einige wenige Einzelmaßnahmen zu beschränken, die zweifelsfrei den Bewilligungsmaßgaben Bremens entsprechen und haushaltsentlastend wirken sollen.

Auf dieser Grundlage sind in der **Anlage 2** die vorzusehenden Mittelabflüsse dokumentiert, wie sie im weiteren Verfahren mit Bremen angestrebt werden. Entsprechend der Vorgabe wird eine strikte Einhaltung des 60 : 40-Maßstabs angestrebt. Die betroffenen Ämter haben im Zuge der Abstimmung dieser Vorlage eine Einhaltung der Mittelabflussvorgaben im Übrigen ausdrücklich zugesichert.

Die für die Bewilligung vorgesehen Einzelmaßnahmen können wie folgt beschrieben werden:

A. Einführung weiterer digitaler Prozesse im Bürger- und Ordnungsamt

Gegenwärtig wird der Schriftverkehr in den Bürgerbüros herkömmlich als Papierakte verwaltet. Durch den Einsatz der "Elektronischen Akte" (E-Akte) werden der Zugriff auf personenrelevante Daten in Form von ausgestellten Bescheinigungen, auf den Schriftverkehr, auf Dokumente etc. vereinfacht und beschleunigt. Der Bürgermonitor ermöglicht während der Sachbearbeitung/des Antragsvorganges dem Bürger ausgewählte Programmmasken anzusehen und z. B. seine Daten auf Richtigkeit zu überprüfen. Insbesondere im Zusammenspiel mit der E-Akte und dem Antragsverfahren für den neuen Personalausweis ermöglicht der Bürgermonitor eine medienbruchfreie und schnellere Antragstellung. Bei der eUmmeldung am SB-Terminal geht der Bürger ohne Wartezeit selbstständig bestimmten melderechtlichen Angelegenheiten nach.

B. Ausbau Dokumentenmanagementsystem (elektronische Akte)

Die bereits alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung umfassende computergestützte Nutzung der elektronischen Datenverarbeitung in Text-, Graphik- und Datenbankanwendungen wird immer mehr durch komplexe Work-Flow- und Dokument-Management-Systeme in der Sachbearbeitung erweitert, die alle "papierlos" angelegt sind. Im Unterschied zum allgemeinen Verständnis der Archivierung von digitalen Daten, der in der Regel eine Archivierung für einige Jahre beschreibt, gibt es aber auch digitale Daten, die für einen zeitlich nicht begrenzten Zeitraum und unabhängig von der technischen Entwicklung verfügbar sein müssen. Die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems (DMS) löst diese Probleme und hilft gleichzeitig bei der Einsparung von Mitteln durch Neustrukturierung von Verwaltungsprozessen, deren personeller Aufwand dann entsprechend reduziert werden kann. Zu einem durchgängigen Konzept gehört dann auch die Schaffung einer digitalen Poststelle.

C. Beschleunigung der Inklusion

Mit der Qualifizierung von Sonderschullehrer/innen kann die vorgesehene Schließung der Förderzentren der Sekundarstufe I zum Schuljahr 2015/16 erfolgen.

D. Projekt „Onleihe“

Die Onleihe ist ein neuartiges, digitales Angebot verschiedener Stadtbibliotheken in Deutschland und ermöglicht den Kunden der jeweiligen Bibliothek über die jeweilige Bibliothekshomepage ganz einfach digitale Medien wie E-Books, E-Paper, digitale Musik, Hörbücher und Videos auszuleihen. Ausleihen bedeutet hier, dass die digitalen Medien aus dem Internet auf den eigenen PC, das iPhone etc heruntergeladen werden. Nach Ablauf der Nutzungsdauer erlischt die Datei. Durch die Bereitstellung eines solchen Angebotes sind Teile des Medienbestandes an

365 Tagen entleihbar.

E. Einsatz des bremischen Verfahrens E-Vergabe (Vergabemanager)

Der AI VERGABEMANAGER ist ein Vergabemanagementsystem, das die Abwicklung des gesamten internen, sehr aufwendigen und arbeitsteiligen Vergabeprozesses digital und dabei rechtskonform unterstützt. Das System ist spezifisch für den Einsatz bei öffentlichen Auftraggebern entwickelt worden und wird bereits seit Jahren in Bremen eingesetzt. Zum Ausbau der bereits begonnenen Kooperation mit Bremen sollte dieses Verfahren auch in Bremerhaven eingesetzt werden.

F. Umrüstung von Lichtsignalanlagen auf LED- Technik

Zur Optimierung der Wartungsabläufe und Reduzierung der Wartungseinsätze sollten die Lichtsignalanlagen der Stadt Bremerhaven auf LED- Technik umgerüstet werden. Weiterhin ist eine Einsparung von Energie und CO2 mit diesem Projekt zu erzielen.

G. Einführung einer EDV-gestützten Materialverwaltung

Die Materialverwaltung wird bei der Feuerwehr Bremerhaven bisher dezentral betrieben. Hier gibt es erhebliche Defizite. Diese machen sich bemerkbar durch eine lückenhafte Archivierung des Anlagenbestandes sowie eine mangelnde Verwaltung gesetzlich vorgeschriebener Prüf- und Wartungstermine. Durch eine zentrale Verwaltung können diese Defizite behoben werden.

C Alternativen

Eine andere Verteilung des Gesamtvolumens in Höhe von 1.890.688 Euro ist denkbar, sofern die begünstigten Projekte den bremischen Maßstäben im Einzelfall genügen.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Gemäß Vorlage.

Eine Genderrelevanz ist nicht erkennbar.

E Beteiligung / Abstimmung

Alle antragstellenden Ämter, Stadtkämmerei

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Geeignet / wird gewährleistet

G Beschlussvorschlag Der Magistrat begrüßt die Bereitstellung von Haushaltsmitteln des Landes Bremen für die Umgestaltung der Verwaltung und Infrastruktur in Bremerhaven. Die Verteilung der für Bremerhaven noch verfügbaren Mittel in Höhe von 1.890.688 Euro nach den vom Senat beschlossenen Maßgaben soll gemäß der Anlage 2 zu dieser Vorlage erfolgen. Die Magistratskanzlei wird gebeten, die weiteren Verfahrensschritte mit Bremen in enger Abstimmung mit den zu beteiligenden Dezernaten sicherzustellen.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage 1: Projektliste "Umgestaltung der Verwaltung und Infrastruktur (UVI)"

Anlage 2: Übersicht der Bereitstellungen und vorzusehenden Mittelabflüsse der "UVI"-Projekte Bremerhavens